



Stellungnahme zum Antrag Nr. AT/0147/2020

Vorlage: ST/0136/2020		Datum: 01.07.2020	
Oberbürgermeister			
Verfasser:	01.01-Büro des Oberbürgermeisters	Az.:	
Betreff:			
Antrag der AfD-Stadtratsfraktion: Resolution gegen Linksextremismus			
Gremienweg:			
02.07.2020	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP	öffentlich	
		<input type="checkbox"/> ohne BE	<input type="checkbox"/> abgesetzt
		<input type="checkbox"/> geändert	

Stellungnahme:

Der Stadtrat hat zuletzt am 7. Mai einstimmig eine gemeinsame Resolution für Demokratie, Toleranz und Menschlichkeit beschlossen und sich eindeutig gegen Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und jegliche Form von Extremismus ausgesprochen. Der Stadtrat tat dies gemeinsam mit dem Städtetag und damit im Einklang mit vielen anderen Städten. Demokratie heißt, extremistischen Haltungen und Handlungen entschlossen entgegenzutreten und sich für ein respektvolles Miteinander von Menschen verschiedener Herkunft, sexueller Orientierung, Religionen Kulturen einzusetzen. Wie in allen anderen Städten treffen auch in unserer Stadt vielfältige Interessen, Ansichten und Meinungen aufeinander. Deshalb braucht es eine respektvolle Diskussionskultur und einen gemeinsamen kontinuierlichen Meinungsaustausch – friedlich, ohne Hass und Ressentiments.

Der Stadtrat hat sich damit eindeutig positioniert und eine klare Botschaft formuliert. Dabei hat er ausdrücklich nicht zwischen Extremismusformen unterschieden, sondern jegliche Prägung von Extremismus und Gewalt abgelehnt. Die Verwaltung setzt dafür die erforderlichen Rahmenbedingungen, die sie beeinflussen kann und empfiehlt, diesen Weg – unabhängig von politischen Richtungen – beizubehalten. Eine einseitige Vorgehensweise hält sie für falsch.

Beschlussempfehlung:

Da sich der Stadtrat bereits klar und unmissverständlich gegen jegliche Art von Extremismus ausgesprochen hat, empfiehlt die Verwaltung, den Antrag abzulehnen.